

PREIS-IMPRESSUM

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 45

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementssatz 8 Mark pro Monat.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Klausstr. 9. Tel. Nord 8248.

Hamburg, den 11. November 1922

Anzeigen kosten die sechsgesetzte Non-
pareilzeile oder deren Raum 5 Mark
(der Betrag ist stets vorher einzuhalten),
Verbandsanzeigen 2 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

Die zentralen Lohnverhandlungen für November.

Mit dem mit bereits im vorhergehenden „Vereins-
Anzeiger“ das Ergebnis der am 27. und 28. Oktober statt-
gefundenen zentralen Lohnverhandlungen im Reichsarbeits-
ministerium wiedergaben, soll an dieser Stelle noch kurz
über den Verlauf der Verhandlungen berichtet werden.

Auch diesmal wurde wieder festgestellt, daß die Werte
des Spruch des Schlichtungsausschusses ebenso be-
werten wollen wie einen Entscheid des Haupttarifamtes
für das Malergewerbe, also als verbindlich anerkennen
werden.

Zur Begründung der Ansprüche der Gehilfenschaft er-
hielt das Wort Kollege Streine, der es angesichts der
 katastrophalen Preisgestaltung der letzten Wochen nicht für
nötig hielt, durch längeres Reden die jedem sichtbaren Ver-
hältnisse dazulegen. Die vom statistischen Reichsamt fest-
gestellte Reichsindezziffer für die Lebenshaltungskosten
(Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung,
Wohnung und Bekleidung) sei im Durchschnitt des Monats
September auf 18 310 gegenüber 7765 im August gestiegen.
Die Steigerung gegenüber dem Vormonat betrage sonach
71,5 %. Die am 3. Oktober festgelegten Lohnertreibungen
betrafen aber im Durchschnitt nur 50 %. Auch die Ergeb-
nisse der Gendarteriehebungen der Statistikstatistischen Amtsrat
über die Teuerung weichen von den Feststellungen des
Reichsamts nur wenig ab. Für die gesamten Lebens-
haltungskosten bewegt sich die Steigerung im September
gegenüber dem Vormonat zwischen 59 und 75 %. In den
letzten 8 Wochen sei aber, wie Meßner im einzelnen nach-
weist, eine weitere Preissteigerung für Lebensmittel,
Rohstoffen, Fahrgelder, Bekleidungs- und Schuhwaren von
100 und mehr Prozent eingetreten. Wären wir in einigen
Lohngebieten auch mal etwas über die Löhne im Bau-
gewerbe hinausgetreten, durch die hirzlichen Lohnver-
handlungen sei dies jedoch längst überholt und beträchtliche
Spannungen vorhanden, durchschnittlich um 16 bis 25 %
die Stunde.

Kollege Krause erwiderte, daß man schon mit ver-
bundenen Augen durch die Welt gehen müsse, wenn man
nicht die große Teuerung zugeben wolle, doch halte er die
Teuerung nicht in so hohem Maße als gegeben, wie sie
der Vorredner gekennzeichnet. Die fortwährenden Lohn-
steigerungen brächten das Gewerbe in eine schlimme Lage,
da die Aufträge immer mehr zurückgingen und die Arbeits-
losigkeit weit um sich greife. Daß die Löhne in verschiedenen
Lohngebieten über die im Baugewerbe bei den vorher-
gehenden Verhandlungen festgelegt worden seien, habe bei
seinen Mitgliedern böses Blut erregt. Beider hätten die
höheren Witten nicht die Hoffnungen erfüllt, die sie darauf
gesetzt hätten, doch nahme die Pfuscharbeit, da die Wittert
für die Innendekoration nach dem Reichsmietengesetz selbst
auszutreten haben, in erschreckendem Maße zu. Er er-
sucht dringend die Gehilfenschaft, für die nötige Auflösung
zu sorgen und gegen diesen Schadenshafen vorzugehen.
Angesichts der fortschreitenden Teuerung müsse auch dies-
mal eine Lohnertreibung angesprochen werden; aber er sage
sich außerstande, ein Angebot zu machen und überlässe es
den Unparteiischen, einen Ausweg zu finden.

In seiner Erwiderung stellte Kollege Streine den
Widerspruch fest, der sich aus den Worten seines Vorredners
ergäbe. Wenn man schon die weitere Steigerung der Teuerung
zugeben müsse, wäre es folgerichtig, auch ein ent-
sprechendes Angebot zu machen. Die letzte Lohnertreibung
habe nicht der Reichsindezziffer entsprochen, der Mittstand
sei noch nachzuholen; ferner sei die weitere Steigerung zu
berücksichtigen. Die Löhne wären nur um das 100fache ge-
steigert, während die Teuerung sich über das 300fache be-
wegte. Auch unsere Kollegen hätten bisher die Lage des
Gewerbes berücksichtigt; doch sei Tatsache, daß sich in diesem
Jahre die Arbeitsgelegenheit gegen die Vorjahre sehr ge-
hoben habe, trotzdem von Monat zu Monat die Löhne sich
erhöhten und die Materialpreise ins Ungleiche stiegen.

Alle Gehissen, die noch in Arbeit stehen, müssen einen aus-
kömmlichen Lohn erhalten, sonst blieben wir wieder in der
Lohnentwicklung im Vergleich zu andern Gewerben zu weit
zurück, und es würde im kommenden Frühjahr schwer
halten, wieder nachzukommen. Die Miete steigerung in den
letzten Monaten sei ganz erheblich, und da müsse doch auch
Mietarbeiterarbeit ausgeführt werden. Die Pfuscharbeit sei
stets von uns bekämpft und in Versammlungen und in
unserer Presse Auflösung geschaffen worden. Das beste
Gegenmittel gegen Pfuscharbeit wären ausreichende Löhne.
Wenn wirklich unsere Kollegen eine kurze Zeit über den
Malerlohn erhalten, so wäre dies nicht schlimm, zudem
sie doch meistens wochenlang hinterherhinken. Uebrigens
dürfte allgemein bekannt sein, daß der tarifliche Stunden-
lohn im Baugewerbe vielfach auf dem Papier stehe, da die
Bauarbeiter im Durchschnitt darüber entlohnt werden.

Damit war die allgemeine Aussprache beendet. Zur
besseren Orientierung über die Lohnunterschiede wurde den
Unparteiischen eine Aufführung über die Lohnverhältnisse im
Baugewerbe und der für das Malergewerbe gültigen
Tariflöhne vorgelegt, die sehr bedeutende Spannungen
aufwiesen. Herr Hansen betonte nach Bekanntgabe der
Sahlen für den 8. Bezirk, daß er darüber noch nicht
unterrichtet wäre; aber selbst, wenn es so sei, würde eine
ähnliche Festlegung der Löhne für das Malergewerbe den
vollen Zusammenbruch bedeuten. Kein Hausbesitzer
werde unter diesen Verhältnissen nach Malerarbeiten
machen lassen, dadurch würde die Arbeitslosigkeit noch mehr
steigen. Er gebe zu, daß die Lohnsteigerungen an den
verschiedenen Berufslagen nicht allein schuld seien, die Preise
für die Materialien wären noch gewaltiger in die Höhe
geschraubt worden. Die großen Gestaltungskosten unter-
binden weitere Auftragsmöglichkeiten. In Pommern und
Mecklenburg wären die Materiallöhne denen im Baugewerbe
voraus; seine Ortsverbände drohen mit dem Austritt, wenn
über die für das Baugewerbe festgelegten Löhne gegangen
würde. Gelänge es hier, eine Verständigung zu finden,
läge dies nur im Interesse des Gewerbes; kommt es jedoch
zu einer Entscheidung, die nicht durchzuführen sei, müsse er
sie ablehnen.

Die Kollegen Buch und Streine gingen eingehend
auf die Verhältnisse im 8. Bezirk ein. Sie wünschen
wäre nur, wenn auch die Arbeitgeber auf die Lage des Ge-
werbes in der bürgerlichen Tagespresse des öfteren hinweisen
würden, wie es bereits von andern Handwerkmeistern ge-
schehe. Die Schwarzmalerei würde dem Gewerbe nicht ge-
dient. Schon vor einigen Jahren haben die Arbeitgeber
hier den Zusammenbruch des Berufes prophezeit, wenn die
Löhne so weiter steigen. Seitdem seien die Löhne um das
Hundert- und Hundertfünfzigfache gestiegen infolge der an-
haltenden Teuerung, aber das Gewerbe sei deshalb nicht
untergegangen. Auch die Arbeiter bedauerten diese un-
gefundenen Zustände; aber unser Neues Gewerbe könne doch
die Entwicklung durch künftliche Niederhaltung der Löhne
nicht aufhalten. Wir dürfen nicht zurückbleiben auf Kosten
der Lebenshaltung unserer Berufssangehörigen. Die vor-
handenen Lohnspannungen müssen durch einen ent-
sprechenden Ausgleich herabgedrückt werden.

Die weiteren Verhandlungen erfolgten unter den Mit-
gliedern des Schiedsgerichts. Der Vorsitzende begrüßte es,
daß diesmal gleich zu Beginn der Verhandlung das Wort
nach „Verständigung“ gefallen sei und beide Parteien sich
bemühen, daß es dahin komme. Die Unparteiischen wollten
deshalb auch keinen Vorentscheid treffen, den Vorschlag zu
einem bestimmten Prozentsatz hielten sie gleichfalls nicht
für angebracht, um die verschiedenen örtlichen Verhältnisse
besser berücksichtigen zu können. Sie glauben, der Sache
am besten zu dienen, wenn ein breiterer Rahmen für die
einzelnen Beratungen zugrunde gelegt würde und schwingen
30 bis 50 % vor, um die die Löhne nach der eingetretenden
Teuerung erhöht werden müssten. Eine Annäherung an
die Löhne im Baugewerbe sei zu streben. Sie hofften,
daß die Parteien auf dieser Grundlage zu einer Verständi-
gung gelangten.

Die Arbeitgeber hielten den Vorschlag für zu hoch, da
wir dann in vielen Gebieten über das Baugewerbe hin-
auskommen würden. Unsere Vertreter erklärten, daß auf
dieser Grundlage kein zufriedenstellender Ausgleich ge-
schaffen werden könnte, selbst wenn auf der ganzen Linie
eine fünfzigprozentige Lohnsteigerung vereinbart würde.
Die Preissteigerung beträfe das Doppelte im Durchschnitt
und schreite mit jedem Tage aufwärts. Wenn deshalb für
wenige Tage die Bauarbeiterlöhne in einigen Lohngebieten
überschritten würden, so dürfe auch nicht vergessen werden,
daß im Baugewerbe in wenigen Tagen neue Verhand-
lungen stattfinden und bestimmt die Malerlöhne gleich
wieder überholt seien. Selbstverständlich könnte auf der
von den Unparteiischen gekennzeichneten Grundlage für die
einzelnen Bezirke verhandelt werden.

Die Einzelberatungen dauerten bis in den zweiten
Verhandlungstag hinein, wobei es bis auf Pommern und
den ganzen 8. Bezirk zwischen den Parteivertretern zu
einer Verständigung kam. Sonnabend nachmittag hatte
dann das Schiedsgericht über die noch strittigen Orte zu
entscheiden. Die nach einer längeren Aussprache von den
Unparteiischen hierüber gemachten Vorschläge führten zu
weiteren scharfen Auseinandersetzungen.

Nach der Aussprache nahmen die Unparteiischen wieder
unter sich Stellung zur Nachprüfung der getroffenen
Wünsche, die sie denn auch in einigen Fällen berücksichtigen.
Die Löhne für die einzelnen Lohngebiete sind inzwischen
den Säulen mitgeteilt worden.

Das in der vorigen Nummer bekanntgegebene allge-
meine Abkommen gilt vom 4. November bis 1. Dezember
1922 einschließlich. Wenn die Teuerung fortwährt annimmt,
die so außerordentlich sind, daß der Gehilfenschaft eine Rück-
bindung von so langer Dauer nicht zugemutet werden kann,
soll zwischen den Parteien erneut über eine Lohnregelung
verhandelt werden.

Die Maler-Internationale.

Vom Sekretariat der Centralverbände der Maler und
verbundener Berufe ist soeben der 11. internationale Bericht
1921 herausgegeben worden. Wie die früheren Berichte, gibt
auch der vorliegende eine gut informierende Übersicht über
die Wirtschaftsleistung des Sekretärs im Jahre 1921 und über den
Stand und die Tätigkeit der angeschlossenen Organisationen.

Einleitend gedenkt der Sekretär des in New York ver-
storbenen Kollegen Ambrone Haas, der seit 25 Jahren
ein zuverlässiger, treuer Mitarbeiter der deutschen Organisa-
tion war. Mit dem englischen Malerverband bestand
bisher keine Verbindung. Die in Genf abgehaltene Inter-
nationale Arbeitskonferenz ermöglichte dem Kollegen Streine,
mit dem Vorsitzenden des englischen Malerverbandes in Ver-
bindung zu kommen und über die Verhältnisse und Einrich-
tungen des Verbandes die näheren Aufschluß zu erhalten.
Der englische Malerverband, der 1910 mit 15 351 Mitgliedern
zählte, hatte 1920 bereits 73 655 Mitglieder aufzuweisen. Der
Verband besitzt eine eigene Frankenkasse, der 26 245 Mit-
glieder angehören. Auch mit dem Vorsitzenden der Section
der Maler im belgischen Bauarbeiterverband konnte der
Sekretär in Verkehr treten. In Belgien gehören die Maler
seit 1920 dem Bauarbeiterverband an; die in den Sectionen
vorhandenen Berufsschwestern zählen etwa 5000. Über die
vom Sekretär 1921 veranstaltete Umfrage über die tarifliche
Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und über die
Durchführung des Achtstundentages haben wir bereits unsere
Kollegen in den Nummern 14 und 16 des „Vereins-Anzeiger“
dieses Jahres unterrichtet. Reichsbegleitungsweise
bestehen für das Malergewerbe in Dänemark, Deutschland,
Holland und Norwegen. Osttarife bestanden in den
angeschlossenen Verbänden insgesamt 352 für 20 795 Gehilfen.
Arbeitsarbeit war überwiegend in Dänemark üblich. Sectionen
sind eingeführt in Norwegen und Dänemark, seit 1922 auch
in Deutschland. Der Achtstundentag war mit Ausnahme der
Schweiz in allen Ländern durchgeführt.

Die Kasse des internationalen Malersekretariates weist
eine Einnahme von 45 573,11 M und eine Ausgabe von
26 887,63 M auf. Die Zusammensetzung der Mitglieder-
zahlen ergibt, daß die Zahl von 88 206 im Jahre 1920 auf
86 313 gestiegen ist.

Die Kasse des internationalen Malersekretariates weist
eine Einnahme von 45 573,11 M und eine Ausgabe von
26 887,63 M auf. Die Zusammensetzung der Mitglieder-
zahlen ergibt, daß die Zahl von 88 206 im Jahre 1920 auf
86 313 gestiegen ist.

84 Millionen Mark; davon entfallen über 2 Millionen Mark auf Deutschland, dann folgen Dänemark, Schweiz, Holland, Norwegen und Schweden. Von Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei liegen keine Angaben vor.

Die Gesamteinnahmen der Verbände liegen von 8 988 943 M. im Jahre 1920 auf 13 862 267 M., die Ausgaben von 8 400 792 M. auf 10 919 739 M.

In allen Ländern, mit Ausnahme von Deutschland, bestand, besonders in den skandinavischen Ländern, eine große Arbeitslosigkeit. Die ausgezahlten Unterstützungen betragen 2 809 366 M. Sehr bezeichnend ist es, daß die an Mitgliedern nur etwa den zehnten Teil des deutschen Verbandes ausmachen dänischen und holländischen Verbände für Arbeitslosenunterstützung mehr als jener ausgegeben haben. Dänemark zahlte 716 943 M., Holland 666 788 M., Deutschland 665 129 M., Norwegen 136 012 M., Schweden 85 462 M. und Ingatn 33 087 M.

An Krankenunterstützung wurden 679 390 M. ausgezahlt; davon entfallen auf Deutschland 650 690 M. Eindeutiglich der Streikunterstützung belaufen sich die verschiedenen Arten der Unterstützungen auf 5 626 048 M.

Aus Ungarn, Österreich und Finnland wird über eine starke Abwanderung unserer Berufskollegen in andere Gewerbe berichtet. Die Rauteigkeit ist zwar bislang recht erstaunlich gewachsen, doch sind die Mälerarbeiten noch viel zu wenig; den Malergewerbe fehlt es in der Hauptfach an den Reparaturarbeiten, die früher die Hauptarbeit bildeten.

Allgemein ist der eingeführte Arbeitskundtag erhalten geblieben, so sehr auch das Unternehmertum offen oder verdeckt dagegen ankämpft. Die Fragen des Gesundheitsschutzes, besonders die Kleiderfragen, wurden angeblich der Genfer Konferenz in allen Verbänden lebhaft als sonst ventiliert. Eine rege Beteiligung daran haben vor allem auch die belgischen und die englischen Kollegen genommen.

Zum Schluß kommen in der Broschüre noch die Einzelberichte der angeschlossenen Verbände zum Abschluß, auf die wir an dieser Stelle schon im Laufe des Jahres Bezug genommen haben. Es bietet der vorliegende Bericht viel wertvolles Material über den Stand und die Entwicklung der Internationale im Malergewerbe, die nach dem Verhältnis ihres Einflusses und ihrer Bedeutung ihre Aufgabe nach bestem Können für unsere allgemeinen Berufsinteressen bei allen Gelegenheiten, wie die Tatsachen beweisen, geleistet.

Die Stabilisierung der Kaufkraft.

Von Professor E. Ledderer, Heidelberg.

Schon der letzte Kurssturz der Mark im August d. J. hat überall die Tendenz geschaffen oder verstärkt, sich von dem Kurs des Kursstandes und der damit gegebenen Preisbewegungen loszulösen. Die Verdrängung der Preise nach dem Goldkurs, die Forderung der Lohnsätze, neuerdings der Goldlohn, die Einführung der Wiederbeschaffungsosten als Preisbestimmenden Faktor an Stelle der Bevorratungs- und Produktionskosten, die Verjüngung der öffentlichen Körper, sich Einnahmen zu eröffnen, die mit der Geldentwertung parallel gehen (wie Einkommen-, Umsatz- und Abholsteuer), endlich die Ausgabe von Anleihen, die entweder auf Getreide (Rogen) oder deren Marktkreis laufen, und in diesem auch bezüglich und rückgängig sind (dies ist der Plan des altenburgischen Ministerpräsidenten von Tanzen); ebenso die Schaffung von Goldschatzschulen. Alle diese Veränderungsmethoden und Vorschläge haben den Zweck, zu einer stabilen Grundlage der Kalkulation zu gelangen. Diese entspringen dem Befürben, dem Prinzip der Geldentwertung zu entgehen. Insofern aber der Geldentwertungsprozeß nur eine Folge der wirtschaftspolitischen Verratung des wirtschaftlichen Reises ist, wird jeder solcher Versuch im Grunde einen Überwaltigungsprozeß vorstellen, der die Folgen der Geldentwertung auf den Betriebspartner weiterträgt, dem es dann überlassen bleibt, sich seinerseits entweder wieder zurückzuholen. Daher können alle diese Bemühungen nicht zu einer Sicherung der Verhältnisse führen, sondern es können dadurch lediglich besondere Schwierigkeiten ausgelöst werden, die an einer übermäßigen Belastung durch die Geldentwertung liegen. Sehr gut ist zum Beispiel, daß die Foggelheit, Landwirtschaftliche Grundrente mit Chancen zu belasten, hervor nur in geringer Weise gegeben ist, weil niemand gern Geld für lange Zeit verlieren wird, das er vielleicht völlig entwertet zu verlieren wird — ein hartes Hemmnis für die Intensivierung der Betriebe!

Vielleicht aber noch in höherem Maße leidet der Konsument an der Geldentwertung; denn da derart die Papiermark in den letzten Monaten den Charakter des Wertpapiermarktes verloren und gleichzeitig im Gefolge der Markentwertung fast die Preisbildung nach dem Dienstleistungsorientiertheit ist, so ist jede private Wirtschaftsführung völlig planlos geworden. Es ist heute, bei ständig wachsenden Preisen, schwer zu bestimmen, ob es sich lohnt, zu sparen. Das hat aber zwei verdeckte Konsequenzen: Erstens fehlen in der Einzelwirtschaft die Mittel, um größere Anlagen zu machen, zum Beispiel für Rohstoffe, Heizmaterial, Raupe, Belebung von Fabriken zu jagen. Zweitens bedenkt aber das Ausgehen des gesamten Industriemens: daß die Schäden mit seinen Unternehmen sich heute an der wirtschaftlichen Ausgewichtheit nicht mehr beteiligen. Wozu sie waren, wollen sie eher den Zug der höheren Anlage, und das ist nur zu Kosten des Arbeiters, dem Arbeiter zu große Mittel erfordert die Belebung von Betrieben, wodurch die Preissteuer immer wieder noch höher geht.

Wie der wirtschaftspolitischen Nebel in unserer Zeit führt durch die Schaffung eines werksständigen Komplexes, einer verdeckten Nachfrageeinheit genannt zu werden. Sie kann keinem Preis widerstehen, sondern ist ein Preis, der nicht zwischen dem Gold steht. Es ist mit einem weiteren Gesetz für die jetzt wichtige Schwierigkeit unserer Zeit, was wir garantiert an eine Stabilisierung des Gelbes gar nicht denken können. Über die können uns ein bestehendes Ziel treten: nämlich Wettbewerber zu fördern, die nicht in ihrer Größe, also ihrem Dienstleistungsangebot abhängen, und die überzeugende Idee des altherühmlichen Prinzipiellenspiels liegt ebenso in dieser Linie wie die auf Gold basierende Währung der Entwicklung, die schon lange geplant, aber leider noch immer nicht durchgeführt ist.

Eine lokale wirtschaftliche Währung hätte zwei günstige Möglichkeiten, wäre aber anderseits auch nicht erforderlich,

daß eine Wirkung wäre, wie schon angedeutet, das Aufhören der Währung einzuschließen. Jeder Konsument könnte den Einkauf bis zu dem Zeitpunkt verschlieben, an dem er die Waren benötigte; dadurch würde die Preisbildung nicht unter der Wirkung von Panikläufen stehen, sondern in ruhigeren Bahnen kommen. Ferner würde der Devisenmarkt wesentlich entlastet werden. Die gefährliche Seite des Plans liegt darin, daß ganz allgemein begonnen würde, in der fremden Währungseinheit oder in Gold zu rechnen. Der Industrielle und Kaufmann würde dann den Gewinn in dieser neuen Rechnungseinheit veranschlagen, und es müßten dann folgerichtig auch Beamte, Angestellte und Arbeiter ebenso rechnen, zumal wenn sie wieder zu einer ordnungsmäßigen Wirtschaft mit regelmäßigen Rücklagen für größere Anstrengungen übergehen wollten. Daher würde die Schaffung eines wertbeständigen Anlagepapiers in praxi bald den Übergang zum Index bedeuten; denn in dem umgerechneten Realwert seiner Erspartisse würde jeder sofort mit schwärfster Sicherheit den Gegenwert, den er erhält, ausgedrückt finden. Das volkswirtschaftliche Defizit wird nun aber heute gerade dadurch gedeckt, daß die Lohnempfänger, besonders aber die Beamten, unter dem Index beachtet werden, und das insbesondere die Bezieher von Kapitalrenten von der Geldentwertung voll getroffen werden. Sind auch sie in der Lage, den Index, das heißt die Geldentwertung voll zur Auswirkung zu bringen, so wird die Tendenz zur Preissteigerung wieder wachsen. In dieser Wechselbeziehung von Preis und Einkommen ist keine Schicht frei ihrer Entschlüsse. Sie ist so zu handeln gezwungen; aber man muß sich darüber klar sein, daß die Erleichterung der Überwaltung das volkswirtschaftliche Problem keineswegs löst. Als Gegengewicht gegen die Preisentwicklung ist dann immerhin — insbesondere wenn die privatwirtschaftliche Vermögensbildung durch Sparen wieder einsetzt — die Konsumentschlackung in Rechnung zu stellen.

Eine andere volkswirtschaftliche Gefahr droht jedoch bei steigendem Kurs der Mark: dann werden sich die Besitzer wertbeständiger Anleihen wieder in die Mark hineinbegeben, um daran zu profitieren. Sie werden dann vermutlich auch wieder stürmisch Waren kaufen, um ihre Kaufkraft möglichst vorteilhaft zu erwerben. Eine Ausschaltung der Spekulation bringen diese Pläne also nicht, ganz im Gegenteil. Das Sparen wird auch dann so wie heute eine schwierige Angelegenheit sein, und möglicherweise werden Kreise in die Spekulation hincingezogen, die ihr heute fernstehen. So ernsthaft alle diese Gedanken aber auch sein mögen, so sind sie doch in der heutigen Lage nicht ausschlaggebend. Es muß jeder Versuch, der zu einer Aenderung der Lage führen kann, gewagt werden; es muß durch ein rasches und energisches Vorhaben einmal auch der Besitz von Devisen geschärft gemacht werden. Dann werden sich viele Besitzer von Devisen doch aus dem Gefahrenbereich herausbegeben, und wenn ihnen gleichzeitig erinnert wird, ihre Mittel wertbeständig anzulegen, so ist der Erfolg sehr wahrscheinlich. Gerade aber aus diesem Grunde empfiehlt es sich, nicht eine fremde Währungseinheit mechanisch nach dem Kurs zu übernehmen, sondern sich an die innere Kaufkraft der Mark zu halten. Diese ist doch stabiler, sie wird durch die Maßnahme selbst bedeutend gesteigert werden, und es wird durch eine solche „Kaufkraftseinheit“ auch die Preisberechnung nach den Devisenstandorten vermieden. Daher ist zu hoffen, daß in Tilde — in Verbindung mit einer kräftigen Offensive gegen den Markt — Einrichtungen getroffen werden, die den ersten Schritt zu einer Stabilisierung zunächst der Kaufkraft und späterhin auch des Wechselkurses bedeuten können.

für aktive Währungspolitik!

In einer Denkschrift an den Reichskanzler, an die Reichsministerien und an die Parteien schlagen die Spenderverbände der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen Mittel zur Verhütung des weiteren Zerfalls der Markwährung vor. Die Denkschrift hat folgenden Wortlaut:

Die verheerenden Wirkungen des Marksturzes haben einen Grad erreicht, der nicht mehr zu ertragen ist. Nicht nur smietert jeder Versuch, das Lohnentommen der Arbeitnehmer der sprunghaft fortbreitenden Verkürzung aller Lebensnotwendigkeiten anzupassen, sondern den Gewerkschaften wird es immer mehr erschwert, überhaupt noch Lohnverhandlungen zu führen und tarifliche Vereinbarungen zu treffen. Schon nach Kriegsbeendigung mußten die ehemals mehrjährigen Tarifabschlüsse durch halbjährliche erneut werden. Später zwangen die Tarifabschlüsse der letzten Jahre, zu dreieinhalb- und einmonatlichen Abschlüssen überzugehen. Auch diese Regel hat dem raschen Wechsel der Verhältnisse nicht standgehalten. Halbjährliche, ja selbst wöchentliche Lohnverhandlungen sind keine Seltenheit mehr. Die rasende Leistung spottet selbst dieser Versuche, Schritt zu halten.

Jede Regierung kommt verspätet, wenn die Preise im Handumdrehen in die Höhe schnellen. Ein Tarifabschluß, der beim Inkrafttreten schon überholt ist, verliert immer mehr praktische Bedeutung.

Es kann nicht ausbleiben, daß, wenn die Gewerkschaften auferstanden sind, die Lohnverhandlungen für die Arbeiter zu führen, sich der Arbeiter eine Unlast bemächtigt. Schon lange leidet die Erzeugung unter den fortwährenden Lohnverhandlungen, in denen die Arbeitnehmer in den Betrieben nicht bloß seelisch, sondern bischäflich tätig Anteil nehmen. Die Arbeit der Betriebsräte häuft sich, und die Arbeiter und Angestellten kommen aus den Lohn- und Gehaltsentwicklungen nicht mehr heraus. Hoffnungen wechseln mit Erfahrungen; beim Ergebnis kann sie mehr befriedigen; das schon beweisen neue Geldentwertungen und Preistreibereien keine Ungeschicklichkeit. Der berechtigte Anspruch nach Produktionssteigerung bleibt unerfüllt, solange diese Produktionshemmung fortbesteht. Unsere Wirtschaft bricht zusammen, wenn es nicht gelingt, bald wieder ruhige Verhältnisse zu schaffen, die geordnete Verhandlungen und feste Lohnvereinbarungen ermöglichen.

Die Hauptzielsetzung bildet die ständige Entwicklung des deutschen Goldes. Alle Versuche, die einheimischen Warenpreise den Weltmarktpreisen anzupassen,

sollte Waren nicht mehr kaufen können. Die Anpassung der Währung an den Weltmarkt würde aber die Wirtschaftskatastrophe nur verschärfen. Aus diesem Dilemma müssen wir durch eine Stabilisierung der befreiten Märkte herauskommen. Sie herbeizuführen ist die dringlichste Pflicht des Reichstages und der Reichsregierung. Die Einschränkung des Devisenhandels durch die Verordnung vom 14. Oktober 1922 war nur ein erster Schritt zu diesem Ziel und wurde erfolglos bleiben, wenn nicht weitere erneute Schritte getan werden. Die deutsche Mark als Zahlungsmittel und Wertmaß darf nicht preisgegeben werden; denn mit ihrer Erhaltung ist das Leben, Interesse der arbeitenden Bevölkerung und das Wohl und Wehe aller Verbraucher sowie das Schicksal des deutschen Staates verknüpft.

Eine Stütze der deutschen Mark würde unter anderem erreicht werden durch die Einführung einer wertbeständigen inneren Anleihe, die allen Zellen der Bevölkerung zugänglich sein und für die eine sichere Deckung geschaffen werden muß. Ob diese sichere Deckung aufzuhören ist durch Heranziehung eines Teiles der Reichsbankgoldreserven oder durch eine den Geldwertschwankungen anpassende, zu referierende Steuer oder durch eine Solidarität der deutschen Erwerbstätige, ist besonders zu prüfen. Kein Versuch, die Markwährung zu retten, darf unterbleiben; der Erfolg verspricht.

Im weiteren muß eine Gesundung der Staatsfinanzen auf dem Gebiete der Steueraufstellung verlangt werden, die dem weiteren Notendruck vorbeuge. Es ist für Arbeitnehmer ebenso unverständlich wie unerträglich, daß ihnen die Steuerabzüge wöchentlich oder monatlich vom Einkommen abgezogen werden, während die Steuereinführung bei den Unternehmen und den bestehenden Massen jahrelang auf sich warten läßt. Eine Ablösung der Steuersummen in kürzesten Perioden muß unter allen Umständen durchgeführt werden. Für die zu spät eingehenden Steuerbeiträge müßten der Geldentwertung entsprechende Bußgelder erhoben werden.

Die Devisenordnung bliebe ein Schlag ins Wasser, wenn sie nicht durch eine praktischere Ausgestaltung der Devisenkontrolle ergänzt würde. Es bleibt zu prüfen, ob nicht auch die wirtschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angestellten zu dieser Kontrolle herangezogen werden könnten.

Endlich erwarten wir, daß die Verhandlungen zur Errichtung einer Auslandsanleihe aufs Stabilisierung der Mark mit erneutem Nachdruck aufgenommen und durchgeführt werden. Sie werden aber nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn autorale Anstrengungen gemacht werden, um der weiteren Entwertung der Mark eine Grenze zu setzen.

Die Gewerkschaften bestimmen nicht, daß nach wie vor das Hauptbestreben der Regierung darauf gerichtet sein muß, die unerträgliche Reparationslast, als die Hauptursache des Währungszerfalls, auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß herabzusezen und zu einem Zwangsbetrag mit der Entfernung zu kommen. Die Gewerkschaften verlangen außerdem von der Regierung die Verbeiführung einer größeren Durchsichtmachung der Kartelle, Syndikate und Trusts, die teilweise durch eine volkswirtschaftlich schädliche Preispolitik den Zerfall der Währung fördern. Ferner ist zu fordern, daß mit der schon so oft verlangten und angekündigten Spar- und Vereinsfassung in allen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen endlich schleunigst Ernst gemacht wird. Schließlich erwarten die Gewerkschaften von der Reichsregierung die baldige Vorlegung eines großzügigen Produktionssteigerungsplanes, der die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse des Volkes sichert.

Die gemeinsam unterzeichneten Gewerkschaften beschwören die Parteien des Deutschen Reichstages und die Reichsregierung, nicht länger zu zögern, um der Katastrophenbrüder unserer Wirtschaft führen zu tun.

Die Denkschrift trägt folgende Unterschriften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: gez. Dr. Leibnitz. Allgemeiner freier Angestelltenbund: gez. W. Stähr. Deutscher Gewerkschaftsbund: gez. Dr. Baltzsch. Gewerkschaftsbund Deutscher Arbeiter-Angestellten- und Beamtenverbände (G.D.): gez. G. Hartmann.

Valuta und Lebensversicherung.

Die Volksfürsorge schreibt uns folgendes:

Unter dem Titel „Sinkender Wert der Versicherungen“ läuft durch die Arbeiterpresse zurzeit ein Aufsatz, der sich mit dem bezeichneten Thema in eingehender Weise beschäftigt und zu dem Schluß kommt, daß die früher mit Goldmark abgeschlossenen Versicherungen, infolge der katastrophalen Entwicklung unserer Mark ihren Zweck verfehlt hätten, so daß man ohne Übertriebung behaupten könne, daß unser gesamtes Versicherungswesen auf einer Fiktion aufgebaut wäre. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß sich diese Entwicklung der Mark bei den Lebensversicherungsgesellschaften zum Schaden der bei ihnen Versicherten besonders dadurch fühlbar mache, daß die Versicherungsgesellschaften auf Grund des Gesetzes gezwungen wären, ihre Kapitalien minderzulassen, das heißt in bestimmten erlaubten Anleihenpapieren und Hypotheken anzulegen. Wenn auch meint der Verfasser, tatsächliche Verluste bei diesen Anlagen seit der Vorkriegszeit in einem gewissen Umfang eintreten seien, so sei das Anlagekapital, das in Gold eingezahlt sei, inzwischen gleichfalls zu Papiermarkt verloren. Hinzu käme, daß die Versicherungsgesellschaften, obgleich sie nicht wie andere wirtschaftliche Unternehmungen in der Lage wären, den Geldentwertung entsprechend höhere Einnahmen zu schaffen, an der typischen Erhöhung der Verwaltungskosten voll teil hätten, so daß sie rein rechnerisch in eine recht bedrangte Lage gekommen wären. Der Verfasser des Aufsatzes fordert dann, man solle rechtzeitig daran denken, die jetzt noch schaffenskräftige Generation in einer völlig neuen Weise für die Zeit des Alters und der Invalidität vorzubereiten und auch die unheilvollen Konsequenzen des Währungsverfalls für die augenblicklich darbietenden Rentenbezüger und sonstigen alten Leute zu rücksichtigen.

Unter der Bezeichnung, daß es nur zwei Arten von Kapitalien gäbe, die in den Strudel des Währungsverfalls nicht so sehr mit hineingezogen werden könnten, nämlich die Sachwerte und die menschliche Arbeitskraft, tritt er dafür ein, daß den Versicherungsgesellschaften das Recht gegeben werden müsse, ihre verfügbaren Kapitalien nicht mehr in Papieren anzulegen, die auf einen bestimmten Geldwert laufen, sondern sie in Grund- und Bodenwerten und Produktionsmitteln zu investieren, daneben aber auch einen Teil des alljährlich steigenden Produktionsvertrages für die Sicherstellung des Unterhalts der Alten und Invaliden zu verwenden. Die ungewissen Summen, die heute zum Beispiel von den Arbeitnehmern zum Zwecke der Alters- und Invalidenversorgung aufgebracht werden müssen, hätten vielleicht in wenigen Jahren schon wieder den größten Teil ihres heutigen Wertes eingebüßt und bildeten leinerlei Garantien mehr für die spätere Zukunft.

Zunächst muß festgestellt werden, daß man den heute bestehenden durchaus keinen positiven Dienst erweist, wenn man ihnen sagt, ihre früher abgeschlossenen Versicherungen besäßen heute überhaupt keinen Wert mehr, sie täten am besten, dadurch einen Strich zu machen. Wollte man diese Logik fortführen, so müßte man auch den Personen, die sich gegen Sachschaden, gegen Krankheit, gegen Unfall, gegen Haftpflicht versichert, aber unterlassen haben, ihre Versicherung den Zeitverhältnissen anzupassen, das heißt, sie bei Geldentwertung gemäß zu erhöhen, denselben Rat erteilen. Wenn wir der Frage gerecht werden wollen, so kommt es unseres Erachtens zunächst darauf an, ob man die soziale Bedeutung aller dieser Verhandlungen auch heute noch anerkennt. Kommt man zu der Auffassung, daß sie gerade heute von ganz besonderem Wert sind, so kann man nicht zu allerlei zweifelhaften Auswegen raten, sondern man muß die einfache Forderung stellen, die heute jedermann stellt, der einigermaßen den veränderten Verhältnissen gewachsen sein möchte, nämlich: sich ihnen so gut wie möglich anpassen.

Was jedoch gegen Feuer, Krankheit, Unfall, Haftpflicht Versicherte unternimmt, um sein Ziel, sich vor einem bestimmten Schaden materiell geschützt zu sehen, muß auch derjenige tun, der sich gegen die materiellen Folgen des Alters und des vorzeitigen Ablebens schützen will: Grundsätzlich eine Versicherungssumme zeitgemäß erhöhen.

Wenn der Verfasser weiter meint, daß die Versicherungsgesellschaften ihre verfügbaren Kapitalien in bestimmten Anleihpapieren und Hypotheken, die selbstverständlich auf einen bestimmten Geldwert laufen, angelegt hätten, so hat er darin ganz zweifellos recht. Er hat auch darin recht, daß die Versicherungsgesellschaften heute keinen leichten Stand haben, um der enormen Verwaltungskosten mit ihren Einnahmen Herr zu werden.

Wir müssen auch zugeben, daß, wenn es möglich und unbedingt wäre, den Versicherungsgesellschaften fünfzig das Recht zu geben, ihre Kapitalien in Grund- und Bodenwerten und Produktionsmitteln anzulegen, dieser Weg gegangen werden müßte. Aber wir behaupten, daß dieses neue Recht der Versicherungsgesellschaften sehr zweifelhaft wirken kann; denn es heißt nichts anderes, als diesen Institutionen das gefühlvolle Recht in die Hand zu geben, mit Mündelgeldern in Industrieanlagen zu spekulieren. Diese Frage, die zweifellos nicht mit einer Handbewegung abgelöst werden kann, bedarf jedenfalls eingehendster Prüfung und, wenn sie Wirklichkeit werden sollte, lebt vieler Sorgen, um nicht aus der beabsichtigten Wohltat eine Plage werden zu lassen. Da die Regelung dieser Angelegenheit über nicht von heute auf morgen vor sich gehen kann, die Versicherungsgesellschaften vor über die schwere Zeit hinwegkommen müssen, wenn nicht ein volkswirtschaftlicher Schaden von unschätzbarer Größe entstehen soll, so können wir heute wieder nichts anderes tun, als unsern Werbern zuzurufen: Veranlassen Sie nun zu uns kommenden zu Abschlüssen mit zeitgemäßer Versicherungssumme und weist die bereits Versicherten, vor allen Dingen die mit kleinen Summen Versicherten, auf die Notwendigkeit hin, ihre Summe mit lachterlichen Summen beziehenden Versicherungen der Geldentwertung gemäß zu erhöhen. Wenn wir den Aufwand für eine Lebensversicherung gegenüber dem vermehrten Einkommen an Lohn und Gehalt in Vergleich setzen, dann darf man zweifellos mit einem hundertfachen Einkommen rechnen. Die Durchschnittsversicherungssumme von 1913 in Höhe von 250 M verhundertfacht, ergäbe dann heute eine Durchschnittsversicherungssumme von 25 000 M.

Die Volksfürsorge plant, zu Ende dieses Jahres oder zu Anfang nächsten Jahres den alten Bestand mit den vielen kleinen Versicherungssummen in zeitgemäßem Weise zu reformieren, um sowohl den Versicherten als auch der Volksfürsorge selbst die Unterlage zu geben, sich den veränderten Bett- und Geldverhältnissen entsprechend anzupassen. Sobald der Plan feststeht, werden wir mit bestimmten Vorschlägen an unsere Organe herantreten und sie erläutern, alles daranzusehen, um dem Plan Wirklichkeit zu geben. Inzwischen wird es weiter Aufgabe unserer Werber bleiben müssen, für den Abschluß zeitgemäßer Versicherungssummen Sorge zu tragen.

Aus unserem Beruf.

St. 25. Oktober nahm eine Generalversammlung der Filiale Köln den Geschäfts- und Kassenbericht entgegen. Aus dem Bericht entnehmen wir, daß die Hauptaktivität in der Erledigung der Volksheilungen bestanden hat. An Stelle des bisherigen Geschäftsführers Kollegen Beringer hat am 14. August der Kollege Burkhardt die Geschäftsführung übernommen. Im Laufe des Quartals sind 6 Einstellungen eingetreten. Der Stundenlohn betrug am Schluß des Quartals 95,50 M. Für die Orte Köln, Bonn, Hürth und Berg wurden die Verhandlungen mit dem Rheinisch-Westfälischen Malerinnungsverband geführt. Für die Orte Unteres Kreis Solingen, Bergheim, Brühl und Berg-Gladbach besteht die Vereinbarung, daß die Löhne des Rohngehobten Köln

dort automatisch in Kraft treten. In den Orten Godesberg und Lustkirchen wird örtlich verhandelt. Die Löhne in der Metallindustrie werden durch Kollektivabkommen für unsere Kollegen geregelt. Für die Zugfahrzeuge und Autobranche besteht ein besonderer Tarifvertrag mit Lohnabkommen. Die Arbeitsgelegenheit liegt besonders für die im Bauunternehmen beschäftigten Kollegen zu wünschen übrig. Unter dem Einfluß der schlechten Geschäftslage hat die Filiale 85 Mitglieder weniger als am Schluß des zweiten Quartals. Die Mitgliederzahl ist durch Berufswechsel und Abreise ausgeschieden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des dritten Quartals 2288. Die Kasse stand mit einer Einnahme von 897 208 M und einer Ausgabe von 810 088 M und einem Ressourcenbestand von 87 122 M ab. Im zweiten Punkt der Tagesordnung nahm die Versammlung den Bericht der letzten Lohnverhandlungen entgegen. Das Lohnabkommen steht für die Zeit vom 20. Oktober bis einschließlich 9. November eine Zulage von 17 M pro Stunde vor. Die Stundenlöhne erhöhen sich auf 112,50 M. In der sehr lebhaften Diskussion wurde schärfer Kritik an dem Lohnabkommen und an dem mangelhaften Ergekommen der Arbeitgeber geübt. Es wurde betont, daß die Steuerung durch die Lohnzulage nicht annähernd ausgeglichen sei. Auch die Dauer des Abkommens ging über das zulässige Maß hinaus. Mit dem bisherigen Verhandlungsmodus müsse gebrochen werden; er habe die Arbeiter bereits ins tiefste Elend geführt. Es wurden Verhandlungen für die gesamte Arbeiterschaft eines zusammenhängenden Wirtschaftsgebietes verlangt. Auch der ADGB müsse seine ganze Kraft einsetzen, um die aufgestellten Forderungen zur Verbesserung der Not des Volkes durchzusetzen. Ein Antrag, der den Hauptvorstand ersucht, nur noch örtliche Lohnverhandlungen zu führen, wurde abgelehnt. Die bisherige Tätigkeit der Verhandlungsteilnehmer fand volle Anerkennung. Zu Punkt 3 nahm die Versammlung einen kurzen Bericht über die Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungsanstaltungen entgegen. Es wurde beschlossen, den Beitrag vom 1. November an auf 85 M festzusetzen, und dem Vorstand wurde Vollmacht erteilt, die Beiträge gleichmäßig der Lohnsteigerung zu erhöhen.

Nürnberg. Am 22. Oktober 1922 ist nach langer, schwerer Krankheit unser Kollege Adam Küller, Angestellter der Filiale Nürnberg, und durch den Tod entrissen worden. Kollege Küller, geboren am 18. Oktober 1877 zu Wassertüdingen, war seit dem 7. Februar 1906 Mitglied unseres Verbandes. Durch das Vertrauen der Kollegen wurde der Verstorbenen 1912 zum Bevollmächtigten der Filiale Nürnberg berufen, wiederholt war er als Delegierter zu den Generalsammlungen unseres Verbandes entsandt worden. Bis zu seiner Anstellung im Jahre 1920 wirkte er im Beirat zum Wohle der gesamten Organisation. Mit ihm ist ein unermüdlicher, allezeit hilfsbereiter Mülltümper aus unseren Reihen gegangen. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Gewerkschaftliches.

Sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Die Gewerkschaftskommission in Berlin hat den Reichsarbeitsminister ersucht, der Reichsregierung eine sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung entsprechend der gegenwärtigen Geldentwertung vorschlagend. Ferner wird um die Erhöhung des Existenzminimums gebeten. Die leichte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung erfolgte am 14. August 1922.

Dass diese völlig ungerechtfertigt ist, geht auch aus einer Zuschrift unserer Leipziger Filiale hervor, in der gleichfalls darauf verwiesen wird, bei den maßgebenden Instanzen dafür zu wirken, daß in kürzester Zeit das Brot der Arbeitslosen gelindert wird. Die eintretende Wirtschaftskrise hat schon einen Teil der Arbeiterschaft, insbesondere auch unsere Berufskollegen, ins Elend der Arbeitslosigkeit gestoßen. Täglich steigt die Zahl, und es ist in diesem Winter mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die seit August dieses Jahres gültigen Unterstützungsätze betragen bei männlichen Personen 10,15 und 28 M täglich, bei weiblichen 8,10 und 22,50 M täglich, für Ehepaare ohne Kinder 41 M, mit einem Kind 52,25 M, mit 2 Kindern 63,50 M, mit 3 Kindern 74,75 M und mit 4 und mehr Kindern 84 M. Mit solchen Sätzen in der gegenwärtigen Zeit kann nicht einmal das notwendige tägliche Brot gekauft werden. Ist es schon für einen in festler Arbeit stehenden Arbeiter bei den heutigen Löhnen und Gehältern außerst schwierig, sich mit den Seinen über Wasser zu halten, so ist das für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen fast unmöglich. Jede Rücksicht, mit der der Arbeiter früher bei vorübergehender Arbeitslosigkeit der ersten Not steuern konnte, fehlt heutzutage. Ja, weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung waren bisher nicht einmal in der Lage, ihre nötigsten Wintervorräte an Feuerung und Kartoffeln einzunehmen. Dazu kommt, daß die Arbeitslosen unter schwerem seelischen Druck stehen, der ihre Sorgen vertrieben hat; sie wünschen nichts sehnlicher als Arbeit, um mit ihren Familien wenigstens das nackte Leben zu fristen.

Der **Ortsausschuß Hamburg** hat gegen ein weiteres Steigen der Erwerbslosenzahl auf dem Vorwegen folgende Sätze unternommen:

1. wurde an die Schlitzungscommission des Städtegebietes die dringende Aufforderung gerichtet, bei der Frage der Einführung der eventuellen Kurzarbeit, die unter den heutigen Verhältnissen meistens nur die Vorstufe zu Entlassungen von Arbeitnehmern darstellt, die bisher den Unternehmen gegenüber geübte Toleranz einzudringen;
2. ist an das Gewerbeaufsichtsamt das Ansuchen gerichtet worden, die Bewilligung von Nebenarbeiten von der Frage abhängig zu machen, ob durch die Einstellung von bereits Erwerbslosen die für die Nebenarbeitsarbeit in Aussicht genommene Tätigkeit ausgeübt werden kann, mit dem besonderen Hinweis, daß es wirtschaftlich nicht zu verantworten ist, daß in den Betrieben Nebenarbeiten gemacht werden, solange noch Angehörige des betreffenden Berufes arbeitslos auf der Straße liegen;
3. ist an das Arbeitsamt das dringende Ansuchen gerichtet worden, dafür zu sorgen, daß auf jedem möglichst Wege das frühere Verbot der Doppelbeschäftigung (Mann und Frau einer Familie) erneut in Kraft tritt.

Warnung vor Zugang von Arbeitskräften aller Werke nach dem Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg. Der Ortsausschuß Groß-Hamburg richtet an die gesamte Arbeiterschaft und Gewerkschaftspresse die dringende Aufforderung vor Zugang von Arbeitskräften nach Groß-Hamburg zu warnen! Ganz abgesehen von dem herrschenden Mangel an Unterkunfts möglichkeiten und von der Tatsache, daß Zugereiste der bestimmt Auspionierung von Übermietern preisgegeben sind, liegen die Dinge so, daß die Zahl der Arbeitslosen von Tag zu Tag außerordentlich steigt. Der Hamburger Hafen, die Großwerften usw. bieten kaum noch Beschäftigung für die Berufsunfähigen. Gelegenheitsbeschäftigungsmöglichkeiten im Hafen usw. sind nicht mehr vorhanden. Im Baugewerbe zieht die Zahl der Erwerbslosen an, ungeliebte Bauarbeiter sind bereits in größerem Umfang beschäftigunglos. Der Klein- und Großhandel wirkt fortgesetzt Angestellte auf die Straße. Im M a l e r g e w e r b e sind bereits einige hundert Arbeitslose zu verzeichnen. Die Zahl der wertlosen ungeliebten Arbeitskräfte hat das erste Vierteljahrtausend bereits überschritten. Buchdrucker, Gastronomiehilfen, Musiker und fast alle anderen Berufe sind bereits vom Arbeitsmangel stark erfaßt. Zugereisten ist so gut wie keine Gelegenheit in Groß-Hamburg geboten, Beschäftigung zu finden, zumal die Gewerkschaften mit Nachdruck darauf bestehen, daß für die seitens des Staates zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgehenen verbindlichen Notstandsarbeiten nur in Hamburg statthaft zugelassen werden.

Der Verbandstag der Glaser, der am 30. und 31. Oktober in Leipzig lagte, beschloß einstimmig den Anschluß an den Baugewerbeverbund zum 1. Januar 1923. Zum Obmann der Fachgruppe in den Verbandsvorstand wurde der bisherige Verbandsvorsitzende des Glaserverbandes, Genosse Eichhorn, gewählt. — Im D a c h d e c k e r o v e r b a n d fand wegen des Anschlusses an den Baugewerbeverbund im Oktober eine Urabstimmung statt, nachdem bereits der Verbandstag sich einstimmig für die Verschmelzung erklärt hatte. Unerwarteterweise wurde der Anschluß durch die Urabstimmung abgelehnt.

Sozialpolitisches.

Die Kosten des Existenzminimums in Groß-Berlin stellen sich in der ersten Oktoberhälfte 1922 nach den Berechnungen von Dr. St. Kuehnli um etwa drei Zehntel höher als im September, reichlich doppelt so hoch, wie im August, etwa 8½ mal so hoch wie im Juli, reichlich 5 mal so hoch wie im Juni und 16 mal so hoch wie im Oktober 1921.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	970,-	1659,-	2240,-
Wohnung	25,-	25,-	25,-
Heizung, Beleuchtung	447,-	447,-	447,-
Bekleidung	380,-	1888,-	1937,-
Sonstiges	726,-	1123,-	1487,-
• Erste Oktoberhälfte 1922	2998,-	4681,-	6136,-
September 1922	2319,-	3552,-	4714,-
August 1922	1393,-	2203,-	2958,-
Juli 1922	829,-	1298,-	1763,-
Oktober 1921	187,-	286,-	386,-
Oktober 1920	156,-	282,-	318,-
Aug. 1918/Juli 1914....	16,75	22,30	28,80

Rationiertes Brot kostete 86mal so viel wie vor 9 Jahren, Milch 281 mal so viel, Kartoffeln 240mal so viel, Brülets 272mal so viel, Grapen 275mal so viel, Margarine 288mal so viel, Bohnen 300mal so viel, Reis 209mal so viel, Bulet 350mal so viel, Brot im freien Handel 387mal so viel, Getreide 350mal so viel, Speck 390mal so viel. (Der Bohn ist aber nur etwa 130 bis 140mal so viel. Red.)

Auf den **Arbeitsstag** umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestbedarf in der ersten Oktoberhälfte 1922 für einen alleinstehenden Mann 500 M, für ein kinderloses Ehepaar 772 M, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 1029 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 158 400 M, für das kinderlose Ehepaar 241 550 M, für das Ehepaar mit zwei Kindern 320 100 M.

Vom letzten Kriegsjahr bis zur ersten Oktoberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 2998 M, das heißt auf das 179,0fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 4681 M, das heißt auf das 207,7fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 auf 6136 M, das heißt auf das 218,0fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der ersten Oktoberhälfte etwa ¼ Pfennig wert.

Die Reichsteuerungszahl für die Stadt Hamburg ist im Durchschnitt des Monats Oktober 1922 auf 20411 M gegenüber 11784 M im September gestiegen. Die Steigerung beträgt 73,4 %; sie ist höher als der Steigerungssatz von August auf September, der 69,3 % betrug. Im Vergleich zur Friedenszeit stiegen die Kosten dieser 4 Gruppen von Lebensbedürfnissen bis Oktober 1922 auf den 204fachen Betrag (Lebenshaltungskostengräber für Oktober: 20817). Die Ernährungskosten allein sind 500fach höher als 1918/19. Sämtliche Lebensbedürfnisse, die zur Berechnung herangezogen wurden, sind gegen den Vormonat im gleichen Maße gestiegen.

Verkehrte Preis- und Lohnpolitik in Deutschland. Die zum Teil recht trüffeligen Berichte, die gegenwärtig über den Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie, Wirtschaft und drohende Arbeitslosigkeit kommen, zeigen, wie verkehrt die Preis- und Lohnpolitik derselben in den letzten Jahren gewesen ist. Unter rücksichtloser Ausnutzung der durch die Salutschließungen nach dem Kriege geschaffenen Konjunktur hat man auf Kosten des eigenen Marktes den Auslandsabsatz forcirt und mit Hilfe der durch die massive Ausdehnung der Kartelle und Syndikate gegebenen Macht unermögliche Valutagewinne realisiert. Man hielt die Löhne und Gehälter so niedrig wie möglich, man weigerte sich, dieselben der fortwährend steigenden Erneuerung anzuopfern mit der Be-

